



04.12.2018

Mitglieder des Kreistags
des Landkreises Esslingen

Kurzprotokoll über die Sitzung
des Ausschusses für Technik und Umwelt
- gleichzeitig Betriebsausschuss
vom 29.11.2018

Anlage

- Öffentlich -

Ausschuss für Technik und Umwelt

- 1. Haushaltsdebatte 2019
- Anträge der Fraktionen und Stellungnahmen der Verwaltung**
- 1.1 Anträge Fraktion Freie Wähler**
- 1.1.1 Fahrverbote in Stuttgart**

Die Freien Wähler beantragen die Prüfung der vom Land festgesetzten zonalen Fahrverbote auf ihre rechtliche Zulässigkeit. Wir stellen die Frage: sind diese formal korrekt zustande gekommen - vor allem, war die Beteiligung der betroffenen Städte und Gemeinden und Landkreise formal korrekt. Wir beantragen weiter die Prüfung, ob es geeignete Gegenmaßnahmen für den Landkreis gibt und bitten die erwartete Mehrbelastung für Kommunen aufzuarbeiten und die Zahl der betroffenen Fahrzeughalter zu ermitteln.

Dieser Antrag wird durch die Erläuterungen der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 118a/2018 und dem Verweis auf das Schreiben des Landrats vom 16. Juni 2017 (vergl. Anlage) als erledigt betrachtet.
- 1.1.2 Beteiligungsplattform zur IBA 2027**

Die Freien Wähler beantragen, dass der Landkreis eine öffentliche Veranstaltung organisiert, bei der die Rahmenbedingungen und Chancen einer Beteiligung bei der IBA 2027 aufgezeigt werden.

Eingeladen werden sollen Vertreter der Städte und Gemeinden sowie sonstige in Frage kommende Projektträger.
Wir schlagen vor, dazu den Intendant Andreas Hafer einzuladen.

Dieser Antrag wird aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 118a/2018 und dem Hinweis auf folgenden Zugangslink zum Prognos-Zukunftsdialog (<http://www.landkreis-esslingen.de/zukunftsdialog>) als erledigt betrachtet. Die Zugangsdaten werden den Kreistagsmitgliedern separat übermittelt.

1.2 Antrag SPD-Fraktion

1.2.1 Integriertes Klimaschutzkonzept

Wir beantragen, über den Sachstand zum Klimaschutzkonzept informiert zu werden.

Wir fordern:

1. die Festlegung von verbindlichen Klimaschutzziele und Maßnahmen für den Landkreis Esslingen,
2. die Überprüfung der Wirkung der Maßnahmen und Fortschritte auf dem Weg zu einer klimaneutralen Versorgung mit Energie, Nahrung und Rohstoffen im Rahmen eines zweijährigen Monitorings,
3. die Beteiligung von Experten aus Wirtschaft, Wissenschaft und (Umwelt-) Verbänden bei der Erstellung sowie der Durchführung des Klimakonzeptes,
4. zum Auftakt eine Anhörung zum Inhalt und Verfahren des Klimaschutzkonzeptes zu veranstalten,
5. eine konsequente Einbeziehung und Mitwirkung der Bevölkerung unseres Landkreises bei der Erstellung und Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes.

Dieser Antrag wird aufgrund der Erläuterung der Verwaltung in der Sitzung und der Stellungnahme in Vorlage 118a/2018 und der Beratung bei Tagesordnungspunkt 4 als erledigt betrachtet.

1.3 Anträge der Fraktion Die Linke

1.3.1 Lenninger Tal entlasten – Baustopp für S 21

Schon in den letzten Jahren haben wir immer wieder vorgeschlagen, dass der Kreis aktiv werden möge, um das Wahnsinns-Milliarden-Projekt Stuttgart – Ulm zu beenden. Es gibt neben den mehrmals aufgezählten Gründen in diesem Jahr einen weiteren Grund, endlich der Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen. Durch das Lenninger Tal fahren hunderte von LKWs, die Abraum aus dem Projekt nach Grabenstetten und umgekehrt Kalkstein zur Baustelle bringen. Dies alles nicht nur Werktags sondern auch noch an Sonn- und Feiertagen. Die Anwohner leiden unter zusätzlichem Dreck, Staub, Lärm und Gefahren für ihre Gesundheit.

Ein Baustopp würde all diese negativen Wirkungen beenden und geschätzte sechs Milliarden Euro einsparen. Zudem könnten die

fertiggestellten Bauwerke für den S-Bahn-Ringschluss zwischen Fildern und Neckartal genutzt werden. Zusammen mit den Kirchen sollte der Landkreis mindestens dafür Sorge tragen, dass die gesetzliche Sonn- und Feiertagsruhe wieder hergestellt wird.

Dieser Antrag wird aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung in der Sitzung und in der Sitzungsvorlage 118a/2018 als erledigt betrachtet.

1.3.2 Bericht über Aktivitäten zur IBA 2027

Genau 100 Jahre nachdem die europäische Architekten-Avantgarde in der Stuttgarter Weißenhofsiedlung ihr damals radikales „Wohnprogramm für den modernen Großstadtmenschen“ vorstellte, soll die Internationale Bauausstellung (IBA) 2027 StadtRegion Stuttgart ganz neue Antworten finden auf die Frage: Wie leben, wohnen, arbeiten wir im digitalen und globalen Zeitalter?

Antrag:

Die Fraktion die LINKE fordert einen Bericht der Verwaltung über die Aktivitäten des Landkreises im Sinne der obigen Frage zu diesem zukunftsweisenden Projekt und darüber, wie sich der Landkreis an diesem Projekt beteiligen will!

1. Welche Projektideen will der Landkreis einbringen mit dem Ziel Zukunftsfragen anzugehen, die unter dem Dach der IBA 2027 auch internationale Strahlkraft entfalten können?
2. Ist daran gedacht, einen IBA-Verantwortlichen innerhalb der Verwaltung zu benennen?
3. Welche konkreten Schritte wurden und werden geplant?

Dieser Antrag wird aufgrund der Stellungnahmen der Verwaltung in der Sitzung und in der Vorlage 118a/2018 (vergleiche Ziffer 1.1.2) als erledigt betrachtet.

1.3.3 Gewerbeflächen

Neue Technologien fordern eine Bereitstellung von Flächen für Industrie und Gewerbe. Dies stellt einen verdichteten Landkreis wie den unseren vor große Probleme, sollen doch Böden, die überwiegend landwirtschaftlich genutzt werden, nicht versiegelt werden. Daher ist es notwendig vorhandene Gewerbeflächen zu erfassen und zu aktivieren.

Wir beantragen:

1. Gewerbeflächenpotentiale im Landkreis zu sammeln und zu bewerten, damit diese reaktiviert werden können, um den Flächenbedarf abzudecken.
2. Ein Pilotprojekt auszuwählen (etwa das Otto-Areal in Wendlingen). Dies könnte ein IBA-fähiges Projekt werden, um Gewerbeflächenrecycling modellhaft darzustellen.
3. Die Prognos-Studie zeigt die Probleme des zunehmenden Pendlerverkehrs auf. Sie sieht im Bereich Infrastruktur eine zentrale Herausforderung in der „wachsenden Verkehrsbelastung“ durch steigendes Pendleraufkommen. Die Studie fordert

daher Beratungsangebote für betriebliches Mobilitätsmanagement zu entwickeln und anzubieten. Auch im Hinblick auf die zunehmende Gewerbeflächenproblematik beantragen wir, Beratungsgebote zu erstellen, die den MIV zugunsten des ÖPNVs favorisieren. Dadurch könnten Flächen frei werden, die bisher als Parkplätze benutzt wurden.

Dieser Antrag wird aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 118a/2018 als erledigt betrachtet.

1.3.4 Breitbandausbau

Digitale Infrastruktur ist ein wichtiger Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir begrüßen den Beschluss zum „Breitbandausbau im Landkreis Esslingen“ und den Beitritt des Landkreises Esslingen zu der regionalen Dienstleistungs - GmbH und die Gründung eines Kreisverbandes für den Breitbandausbau.

Da in dieser Struktur die Deutsche Telekom als privilegierter und strategischer Partner eingebunden ist, muss die Telekom so eingebunden werden, dass sie ihre Stellung nicht missbrauchen kann.

Wir beantragen daher:

1. die Verwaltung soll ein Konzept erarbeiten, das den offenen Zugang (open access) zur entstehenden Breitbandstruktur der Telekom sicherstellt.
2. eine Übersicht über die bisherigen Aktivitäten der kommunalen Stadtwerke zu erstellen, und die Einbindung dieser Aktivitäten in den kreisweiten Breitbandausbau der Telekom zu gewährleisten (siehe Beispiel Sindelfingen)
3. die Verwaltung prüft, ob über die Rahmenvereinbarung mit der Telekom hinaus, die Möglichkeit zusätzlicher Breitbandanbindungen z.B. über das Fernseekabel (HFC) möglich ist. Eine solche Möglichkeit erscheint auch deshalb notwendig, um über den aktuellen Bedarf hinaus, zukunftsfähig zu sein!

Begründung:

Das ungute Gefühl gegenüber der Telekom scheint sich schnell zu bestätigen. In Sindelfingen verkündete die Telekom, sie würde in zwei Gewerbegebieten über 23 Kilometer Glasfaser verlegen, was 480 Unternehmen die Chance gebe, „sich kostenlos ans Gigabit-Hochgeschwindigkeitsnetz der Telekom“ anzuschließen.

Interessant fanden die Sindelfinger Stadtwerke diese Ankündigung, denn in diesen Gewerbegebieten gebe es bereits drei Netze. Der dortige Stadtwerkechef erklärte: „Uns stört nur, dass die Region und die Landkreise sagen wie toll die Telekom als Partner ist, wenn sie gleichzeitig kommunales Vermögen entwertet.“ (Sindelfinger Zeitung, 26.10.2018)

Dieser Antrag wird aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 118a/2018 als erledigt betrachtet.

1.3.5 Modelllandkreis Wasserstoffmobilität: Zukunftssicherung für die lokale Wirtschaft

Die Zeiten des fossilen Verbrennungsmotors sind gezählt. Es gibt Studien, die bereits für 2026 das Aus für diese Antriebstechnik voraussagen. Möge dieser Zeitpunkt sehr spekulativ erscheinen, selbst aber, wenn wir zehn Jahre hinzugeben, sind die Auswirkungen dieser Prognose für unseren sehr vom Automobilbau abhängigen Landkreis dramatisch. Hinzu kommt, dass immer mehr Stimmen laut werden, die die batteriegetriebene Mobilität sogar nur als Übergangstechnologie bezeichnen. Hier kommt als Alternative die wasserstoffgetriebene Mobilität ins Spiel.

Hieraus leiten wir folgenden Antrag ab:

Wie im Prognos Zukunftsatlas am 5.12.2017 präsentiert, wird unter der Regie des Landkreises das "Forum für Antriebstechnologien" initiiert. Die LINKE fordert, als einen Schwerpunkt das Thema Wasserstoffmobilität zu setzen. Lokale Wirtschaft, Forschung, die Politik, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft sollen zu einem Austausch über aktuelle und geplante Aktivitäten sowie zur Erarbeitung einer Zukunftsvision zusammengeführt werden.

Begründung:

Die Transformation im Bereich der Antriebstechniken wird sich stetig beschleunigen. Im Bereich der batteriegetriebenen Mobilität sind bereits viele Marktteilnehmer etabliert, die weitestgehend außerhalb des Landkreises Esslingen ansässig sind. Es wird außerordentlich schwer werden, in dieser schnelllebigen und kapitalintensiven Branche Rückstände aufzuholen. Die noch immer überschaubare Branche der wasserstoffgetriebenen Mobilität bietet im Gegensatz dazu, gerade auch im Hinblick auf ihre höhere Umweltverträglichkeit, noch große Potenziale in nahezu sämtlichen Mobilitäts-Einsatzgebieten:

- Pkw
- Lkw, Busse
- Spezielle Nutzfahrzeuge (Bau, Logistik, Landwirtschaft)
- Schienenfahrzeuge
- Boote, Schiffe
- Fahrräder, Leichtfahrzeuge
- Flugzeuge

Um die starke wirtschaftliche Position von Automobil- und Maschinenbaubranche im Landkreis zu erhalten, ist ein konzertiertes Vorgehen der im Antrag genannten Forum-Teilnehmer dringend erforderlich. Die Einführung von Wasserstoff in die Mobilität bietet nämlich nicht nur die Möglichkeit, eine nachhaltige Mobilität auf Basis elektrischer Antriebe zu realisieren (Stichwort Brennstoffzelle), sondern auch die Energiewende zu fördern (Stichwort Power-to-Gas-to-Power, P2G2P). Diese Technik kann zudem Treiber einer technologischen Entwicklung hin zu einem neuen, sauberen und nachhaltigen Energieträger Wasserstoff auch in anderen Bereichen des

täglichen Lebens sein, beispielsweise in der Heizungstechnik. Der Landkreis Esslingen als innovativer Landkreis hat gute Voraussetzungen, diese Entwicklung vorausschauend anzutreiben und von ihr zu profitieren.

Bestes Beispiel für die Dringlichkeit ist die Planung der Hochschule Esslingen für ein Innovationszentrum im Bereich Elektromobilität, batterie- als auch wasserstoffgetrieben ("Neckar Valley").

Dieser Antrag wird aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung in der Sitzung und in Vorlage 118a/2018 als erledigt betrachtet.

1.3.6 Integriertes Klimaschutzkonzept: Potenzialanalyse erweitern

Die Grundlage für die Erstellung eines Integrierten Klimaschutzkonzeptes ist laut Kreistagsrede des Landrats vom 11.10.2018 die hoffentlich in Kürze zu erwartende nennenswerte Förderung durch das Bundesumweltministerium. Wir unterstützen diese Maßnahme für eine Politik der Nachhaltigkeit, die wirtschaftlichen Erfolg, Klima- und Umweltschutz zusammendenkt. Der Beschluss, die Erstellung eines Konzeptes vorzubereiten, ist mittlerweile ca. zwei Jahre alt und für uns ergibt sich die Frage, ob der thematische Rahmen nicht doch noch etwas weiter gefasst werden sollte.

Deswegen unser Antrag:

1. Werden die Struktur des Konzeptes und der Potenzialanalyse für die anzufragenden Konzeptersteller auf den Themenkreis Energie beschränkt bleiben oder werden weitere Themen in die Klimaschutzzielsetzung integriert wie beispielsweise Rohstoff-Keislaufwirtschaft, Land-, Forst- und Bodenwirtschaft, Flächenversiegelung und reale Reduzierung des MIV und des Luftverkehrs?
2. Ist für eine erweiterte Potenzialanalyse auch die Erstellung von detaillierten Teilkonzepten vorgesehen?
3. Nach welchen Kriterien werden im anstehenden Vergabeverfahren für die Konzepterstellung potenzielle Anbieter ausgesucht?
4. Wird auch die Bürgerschaft bereits frühzeitig in der Phase der Konzepterstellung beteiligt werden (Stichwort Bürgerkoproduktion) oder wird sie lediglich mit den letztendlich im Kreistag zu beschließenden Maßnahmen ohne eigene Einflussnahme konfrontiert werden?

Begründung:

Der diesjährige Sommer hat uns allen deutlich vor Augen geführt, dass ein "Weiter so" mit unserem Lebensstil, der von Soziologen und Klimaforschern auch als "imperiale Lebensweise" bezeichnet wird, nicht angesagt ist. Wir sind der Meinung, dass der Landkreis Esslingen mit seinen herausragenden Ressourcen an Know-how, Kreativität und Ingenieurskunst durchaus ein Vorreiter als "Klimaschutz-Landkreis" sein sollte. Es kann nicht nur um Diesel-Fahrverbote und Energieeinsparung gehen, sondern beispielsweise auch um klimaneutrale Industrie- und Verwertungsprozesse, um Feinstaubreduktion auf Großbaustellen oder um Anpassungsmaßnahmen in der Wasserwirtschaft. Das Integrationspotenzial eines

Klimaschutzkonzeptes liegt unseres Erachtens höher als bisher beabsichtigt und dieses erweiterte Potenzial möchten wir unbedingt heben, möglichst auch unter Beteiligung der Bürgerschaft auf Augenhöhe.

Dieser Antrag wurde zurückgezogen.

1.4 Anträge DIE REPUBLIKANER

1.4.1 Ansiedlung des regionalen Netzwerkes „Künstliche Intelligenz“ bezüglich der Automobilwirtschaft im Landkreis Esslingen A1U

Die Regionalverwaltung (VRS) befürwortet den Aufbau eines entsprechenden Netzwerkes, aus dem sich idealerweise ein Regionales Innovations- und Kompetenzzentrum entwickeln könnte.

Die Bedeutung der "Künstlichen Intelligenz" bei der Neuausrichtung der Automobilwirtschaft z.B. hinsichtlich autonomem Fahren ist in der Fachwelt unbestritten. Nun geht es um den Standort. Nachdem die Hochschule Esslingen mit ihrem Schwerpunkt Maschinenbau und Fahrzeugtechnik ein Innovationszentrum aufbauen will (Siehe Esslinger Zeitung vom 2.11.2018). würde dies auch deshalb ideal zusammenpassen, weil auch kleine Zulieferfirmen, die oft ihren Standort im Landkreis haben, mit einbezogen werden könnten.

Dieser Antrag wird aufgrund der Informationen der Verwaltung in der Sitzung und in der Vorlage 118a/2018 als erledigt betrachtet.

1.4.2 IBA (Internationale Bauausstellung 2027) - Beteiligung des Landkreis Esslingen

Die Antragsteller haben dieses Thema schon mehrfach angesprochen.

In der Zwischenzeit sind vom Verband Region Stuttgart die Weichen gestellt worden, z.B. ist Intendant Hafer aus Zürich installiert worden, der letzte Woche schon bei der Hochschule Nürtingen aufgetreten ist.

Es sollte geklärt werden, welche Kreisprojekte mit den IBA-Kriterien und auch mit IBA-Geld gefördert werden könnten.

Zusätzlich sollten auch die kleineren Kommunen diesbezüglich informiert und unterstützt werden.

Dieser Antrag wird aufgrund der Informationen der Verwaltung in der Sitzung und in der Vorlage 118a/2018 als erledigt betrachtet.

1.4.3 Sicherheit bei Radschnellwegen

Im letzten ATU wurde das geplante Radschnellwegekonzept vorgestellt.

Nun stellt sich die Frage der Verkehrssicherheit für Radfahrer aber auch für Fußgänger.

Welche Maßnahmen sind zur Verkehrsüberwachung vorgesehen?

Welche Sanktionen haben aggressive Radfahrer zu erwarten?

Dieser Antrag wird aufgrund der Informationen der Verwaltung in der Sitzung und in der Vorlage 118a/2018 als erledigt betrachtet.

2. Baufreigabe K 1238 Kreisgrenze Reutlingen (Mittelstadt) - Bempflingen; Ausbau mit begleitendem Geh-/Radweg

Der Ausschuss für Technik und Umwelt fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

- 2.1 Dem Ausbau der K1238 sowie der Anlage eines Geh-/Radwegs von der Kreisgrenze Reutlingen (Mittelstadt) bis Bempflingen im Zuge einer kreisübergreifenden Maßnahme unter Federführung des Landkreises Reutlingen wird zugestimmt.
- 2.2 Die Verwaltung wird ermächtigt mit dem Landkreis Reutlingen eine entsprechende Vereinbarung abzuschließen.

3. Bündelstromausschreibung Bezugszeitraum 2020-2021

Der Ausschuss für Technik und Umwelt fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

- 3.1 Der Teilnahme an der 18. Bündelstromausschreibung 2020-2021 des Neckar-Elektrizitätsverbands (NEV) wird zugestimmt.
- 3.2 Alle Abnahmestellen sollen wie bisher mit 100 % Ökostrom nach Neuanlagenquote beliefert werden (Variante 4 der Vorlage 123/2018).

4. Integriertes Klimaschutzkonzept (IKK) Wettbewerbsverfahren und Beauftragung

Der Ausschuss für Technik und Umwelt fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, nach Prüfung und Wertung der Angebote zur Erstellung eines Integrierten Klimaschutzkonzeptes für den Landkreis Esslingen den Auftrag an das Unternehmen mit dem wirtschaftlichsten Angebot zu vergeben.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Anregungen aus dem Ehrenamt in die Umsetzung dieses Konzepts aufgenommen werden.

Betriebsausschuss

5. Haushaltsdebatte 2019 - Anträge der Fraktionen und Stellungnahmen der Verwaltung zum Wirtschaftsplan des AWB

5.1 Antrag GRÜNE

5.1.1 Erfassung von Druckerzubehör

Der Abfallwirtschaftsbetrieb schließt eine Vereinbarung mit einem Unternehmen ab, damit die Entsorgung von Druckerzubehör geregelt und die Wiederverwertung mithilfe der Roten Tonne auf den Wertstoffhöfen im Landkreis Esslingen möglich wird.

Mit der Roten Tonne wird auf vielen Wertstoffhöfen in Region und Land auch Druckerzubehör erfasst. Bisher aber nicht im Landkreis Esslingen. Das soll sich ändern. Denn die Recyclingquote liegt laut CR Solutions, einem Anbieter für die Entsorgung von Druckerzubehör, bei 60 Prozent.

Kosten für den Abfallwirtschaftsbetrieb entstehen keine, lediglich Raum auf dem Wertstoffhof muss zur Verfügung gestellt werden. Das private geregelte Erfassungssystem basiert nicht nur auf der Erfassung von Tonerkartuschen, sondern insbesondere auch auf die vermehrt im privaten Bereich anfallenden Tintenpatronen. In der Region ist CR-Solutions auch Vertragspartner der Landeshauptstadt Stuttgart, dem Rems-Murr-Kreis, dem Landkreis Göppingen und wohl demnächst auch des Landkreises Ludwigsburg. Doch auch darüber hinaus hat CR-Solutions sein Entsorgungssystem in Zusammenarbeit mit den kommunalen Entsorgern aufgebaut, und zwar in den Landkreisen Calw, Freudenstadt, Rottweil, Sigmaringen, Biberach, Heidenheim, dem Zollernalbkreis, dem Enzkreis und dem Ostalbkreis sowie dem Alb-Donau-Kreis und den Städten Pforzheim und Ulm. Die rote Tonne steht laut Unternehmen schon auf 2000 Wertstoff- und Recyclinghöfen mit derzeitigem Schwerpunkt in Süddeutschland in mehr als 200 Kommunen.

Jedes Jahr würden so schon mehr als 1,4 Millionen Tintenpatronen und Tonerkartuschen für die Wiederverwendung zurückgewonnen. Dies wären bis zu 60 Prozent. Nicht wiederverwendbares Material wird zu 80 Prozent in die stoffliche Verwertung geben. Das System hat sich seit dem 2011 etabliert und wächst. Die Logistik funktioniert wie ein Räderwerk: Der Transport erfolgt mit eigenen Fahrzeugen oder durch Subunternehmer aus der Abfallwirtschaft. Der Tausch der Behälter an den Sammelstellen erfolgt im Schnitt innerhalb von fünf bis zehn Werktagen nach der standortbezogenen Vollmeldung.

Dieser Antrag wird durch die Information der Verwaltung, dass mit Datum vom 19.11.2018/22.11.2018 eine Vereinbarung zur Erfassung von Drucker und Druckerpatronen auf allen Recyclinghöfen

abgeschlossen worden sei und Anfang 2019 entsprechende Behältnisse zur Erfassung der Materialien den Kunden zur Verfügung stehen, und dies für den Abfallwirtschaftsbetrieb kostenneutral sei, als erledigt betrachtet.

5.2 Antrag Die Linke

5.2.1 Ressourcenleichter Modelllandkreis

Die Fraktion DIE LINKE unterstützt die Anträge Recyclingbaustoffe im Hochbau und im Straßenbau zu verwenden. Diese Anträge sind für unsere Fraktion Anlass weitergehende Überlegungen anzustellen. Die bisherigen Aktivitäten des AWB sind dazu eine gute Grundlage.

Wir beantragen, dass unser Abfallwirtschaftsbetrieb eine kommunale Ressourcenstrategie entwickeln soll mit dem Ziel den Einsatz von Sekundärmaterialien (z. B. RC-Beton) und nachwachsenden Rohstoffen zu verstärken, um damit den Einsatz seltener, kritischer und ressourcenintensiver Primärrohstoffe zu reduzieren.

Dazu soll der AWB einen regionalen „Sekundärrohstoffmarkt“ schaffen um kritische und sich verknappende Rohstoffe zu ersetzen. Dadurch soll eine Kreislaufwirtschaft auf dem Bau entstehen. Darüber hinaus bitten wir, folgende Fragen zu beantworten:

- Angesichts der immer klarer zu Tage tretenden Bedrohung von Erde, Ozeanen, Pflanzen, Tieren und Menschen durch Plastik und Mikroplastik müssen wir dringend für eine umfassende Reduzierung des Gebrauchs von Plastik, wo dies möglich ist, eintreten.
- Wie wird mit Plastikmüll verfahren? Gibt es ausreichende Regelungen, die vermeiden, dass Plastik in die Umwelt, in die Atmosphäre, Böden und Gewässer geraten?
- Welche Abfallarten werden von dem AWB an weitere Entsorgungsunternehmen abgegeben? Wie sehen die Verträge mit diesen Unternehmen aus? Wie sind diese Unternehmen zertifiziert? Sind dort, wo dies möglich ist, Reparatur und Rückgewinnung von Rohstoffen verpflichtend vorgesehen?
- Werden die weitere Entsorgung und der Verbleib der verschiedenen Abfallsorten nachverfolgt?
Wir bitten um Überlassung der Verträge mit den Entsorgungsunternehmen.
- Werden die Entsorgungsleistungen ausgeschrieben? Wann erfolgt die nächste Ausschreibung? Wo, in welcher Form und in welchem Rahmen wird ausgeschrieben?

Begründung:

Schon lange warnen Forscher vor dem Schwund endlicher Rohstoffe wie beispielsweise Sand und Kies, die essentiell sind für die Baubranche oder die Glas- und Halbleiterindustrie. Deren Übernutzung erhöht die ökologischen Schäden in den jeweiligen Förderregionen. Die Abhängigkeit ganzer Schlüsselindustrien von kritischen

Rohstoffen führt zu erheblicher Unsicherheit. Aber auch geopolitische Konflikte, wie anhand der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern auf dem Globus der schwelenden Konfliktherde ablesbar, sind Folge von nicht ausgebildeten nachhaltigen Stoffkreisläufen. Die Kosten tragen meist die Entwicklungs- und Schwellenländer, was das Erreichen der nachhaltigen Entwicklungsziele der UN behindert. Ein solcher ressourcenleichter Landkreis wäre darüber hinaus ein IBA-würdiges Modell!

Dieser Antrag wird durch die Stellungnahme der Verwaltung in der Sitzung und in der Vorlage 126a/2018 als erledigt betrachtet.

5.3 Antrag DIE REPUBLIKAENR

5.3.1 Toiletten in Recyclinghöfen

Die Antragsteller haben dazu beigetragen, dass in Hochdorf und in Kirchheim sanitäre Einrichtungen aufgestellt wurden. In welchen Orten wurden in der Zwischenzeit ähnliche Einrichtungen etabliert? Was geschieht in "unversorgten" Recyclinghöfen?

Dieser Antrag wird durch die Stellungnahme der Verwaltung in der Sitzung und in der Vorlage 126a/2018 als erledigt betrachtet.

6. Gestellung und Transport von Containern zur Erfassung von Altholz auf den Entsorgungsstationen; Verwertung von Altholz - Vergabe

Der Betriebsausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:
Der Auftrag für die Gestellung und Transport von Containern zur Erfassung von Altholz auf den Entsorgungsstationen und Verwertung von Altholz ab 01.04.2019 wird an die Firma Schrott- und Metallhandel M. Kaatsch GmbH, Am Nordseekai 8, 73207 Plochingen vergeben.

7. Kanalreinigung und optische Inspektion auf den Deponien des AWB - Vergabe

Der Betriebsausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Auftrag für die Kontrolle und Reinigung der Entwässerungssysteme der Deponien wird für die Lose 1, 2, 3, 4 und 5 an die Firma Kanal-Türpe Gochsheim GmbH & Co. KG in 32825 Blomberg vergeben.

gez.
Heinz Eininger
Landrat